

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/08/2017

**über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 18.09.2017,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, R. 2/3**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Jörg Hansen

Herr Detlef Levenhagen

Herr Jochen Proske

Herr Achim Reuber

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Roland Wilde

i. V. f. Herrn Eckert

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel

Herr Reinhard Hampel

Frau Jonida Kajolli

Behindertenbeirat, bis TOP 3

Seniorenbeirat, bis TOP 3

Kinder- und Jugendbeirat,

außer TOP 4 bis 6

Sonstige, Gäste

Frau Jasna Makdissi

Bewerberin Stelle der
Gleichstellungsbeauftragten,
bis TOP 4 tlw.

Frau Sandra Seifert

Stadtwerke Ahrensburg, TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Frau Meike Niemann

Frau Kerstin Bath

Frau Birgit Reuter

bis TOP 7

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jürgen Eckert

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festsetzung der Tagesordnung
7. Einwohnerfragestunde
8. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2017 vom 10.07.2017
9. Antrag des BEHB: Einrichtung eines Inklusionsbüros bei der Stadt Ahrensburg AN/022/2017
- a b g e s e t z t -
10. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 10.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 10.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 10.2.1. Prüfung des Verwendungsnachweises über den der CDU-Fraktion im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss
 - 10.2.2. Stelle eines/einer Datenschutzbeauftragten
 - 10.2.3. Kreisumlage
11. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2017
12. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ahrensburg (SWA) zum 31.12.2016 **2017/087**
13. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2017 **2017/094**
14. Anfragen zum konsolidierten Jahresabschluss der Stadt Ahrensburg und möglichen
Verwaltungsvereinfachungen und Kostensenkungen durch Rückgliederung
des Bauhofs in den Kernhaushalt **AF/2017/001**
15. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 15.1. Sachstand "Querschnittsprüfung des Landesrechnungshofes zum Risikomanagement in Kommunen"
 - 15.2. Nutzung des Programms SAP bei den Stadtbetrieben

- 15.3. DRK Kindertagesstätte
- 15.4. Einsatz von Geschwindigkeitsmessgeräten
- 15.5. Defekter Parkscheinautomat beim Maredo
- 15.6. Aktualisierter Sitzungskalender für die Termine Hauptausschuss, Stadtverordnetenversammlung, Fraktionssitzungen 2018
- 15.7. CCA

10.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

10.2.1. Prüfung des Verwendungsnachweises über den der CDU-Fraktion im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Verwendungsnachweis der CDU-Fraktion über den im Jahr 2016 gewährten Fraktionszuschuss geprüft. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

10.2.2. Stelle eines/einer Datenschutzbeauftragten

Die Verwaltung berichtet, dass eine halbe Stelle für den ab 01.04.2018 gesetzlich vorgeschriebenen Datenschutzbeauftragten im Entwurf des Stellenplans 2018 geplant sei.

Die Stadt Glinde, die Gemeinden Barsbüttel, Großhansdorf, Oststeinbek, Trittau sowie die Ämter Siek und Amt Nordstormarn-Land haben ihr Interesse an einem Kooperationsmodell „**Bereitstellung eines/einer gemeinsamen Datenschutzbeauftragten**“ mit der Stadt Ahrensburg, die dann eine Vollzeitstelle im Stellenplan ausweisen könnte, bekundet.

Ausschussmitglied Bellizzi vertritt die Auffassung, dass der Kreis einen Datenschutzbeauftragten gemeinsam mit den Kommunen bereitstellen sollte. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Modell berge den Nachteil, dass bei Auflösung der interkommunalen Verträge mit den Gemeinden und Ämtern die Vollzeitstelle weiterhin im Stellenplan der Stadt Ahrensburg vorzuhalten sei mit der Folge, dass die Stadt Ahrensburg die Personalkosten in voller Höhe tragen müsse.

Der Ausschussvorsitzende Schmick bittet um Auskunft, inwieweit eine externe Vergabe der Aufgabe des behördlichen Datenschutzbeauftragten möglich ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach der jetzigen Rechtslage werden auf der Grundlage des § 10 Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) förmlich behördliche Datenschutzbeauftragte (bDSB) bestellt. Diese Bestellung liegt im Ermessen dieser Stellen, da das LDSG bisher festlegte, dass öffentliche Stellen bDSB bestellen „können“. Hierbei muss es sich dann jedoch um behördliche Mitarbeiter handeln.

Gemäß fernmündlicher Auskunft des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein wird sich diese Rechtslage mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO), die im Mai 2018 unmittelbare Geltung erlangt, ändern. Art. 37 DSGVO verlangt zwingend die Bestellung von bDSB in öffentlichen Stellen, wobei eine externe Vergabe der Aufgabe zulässig ist.

10.2.3. Kreisumlage

Der Kreis Stormarn beabsichtigt im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung 2017 den Hebesatz für die Allgemeine Kreisumlage um 1,0 Punkte von 34,5 % auf 33,5 % abzusenken. Hintergrund der rückwirkenden Absenkung des Hebesatzes für die Allgemeine Kreisumlage ist die gute Finanzlage des Kreises Stormarn.

Für die Stadt Ahrensburg führt die vorgeschlagene Absenkung der Allgemeinen Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu einem Minderaufwand von rund 352.300 € für das Haushaltsjahr 2017. Für das Haushaltsjahr 2018 ergibt sich durch die erhöhten Steuerkraftzahlen und die aktualisierten Einwohnerzahlen ein Mehraufwand in Höhe von 1,33 Mio. €.

Die Bürgermeister plädieren dafür, die Kreisumlage um 1,5 % zu senken.

11. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2017

Bürgervorsteher Wilde erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2017.

12. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ahrensburg (SWA) zum 31.12.2016

Frau Seifert von den Stadtwerken Ahrensburg erläutert die Vorlage.

Der Hauptausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/087 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2017

In der anschließenden Diskussion führt ein Ausschussmitglied aus, dass gemäß Vorlage Nr. 2017/095 nicht verausgabte Spendenmittel und Mehreinnahmen aus dem Spendenaufruf 2016 in Höhe von 10.700 € vorhanden seien. Dem Kuratorium sollte nahegelegt werden, die Rücklagen nicht weiter zu vergrößern, sondern die Spenden auch auszugeben. Angedacht wird von einem weiteren Ausschussmitglied, auch die Tradition des Spendenaufrufs durch das Weihnachtshilfswerk einmal jährlich auszusetzen. Hier gegen spricht, dass gegebenenfalls viele Spender aus Gewohnheit, die dann durchbrochen werden würde, eine Spende tätigen würden.

Ausschussmitglied Bellizzi bittet um Auskunft über die Entwicklung der Rücklagen des Kuratoriums in den letzten fünf Jahren. Er verweist auf einen Vorfall bei der Stadt Reinbek, die aufgrund der Ansammlung eines zu hohen Spendenaufkommens in die Kritik geraten sei.

Nach weiteren Wortbeiträgen wird dem Antrag auf Ende der Debatte mit 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
(3 CDU, 2 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)
1 Enthaltung (FDP)

Anmerkung der Verwaltung:

Es ist beabsichtigt, in diesem Jahr an mehr Bedürftige als in den vergangenen Jahren zu spenden.

- 14. Anfragen zum konsolidierten Jahresabschluss der Stadt Ahrensburg und möglichen
Verwaltungsvereinfachungen und Kostensenkungen durch Rückgliederung
des Bauhofs in den Kernhaushalt**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage AN/2017/001 zur Kenntnis (**siehe Anlage**).

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

15.1. Sachstand "Querschnittsprüfung des Landesrechnungshofes zum Risikomanagement in Kommunen"

Ausschussmitglied Hansen erinnert an den für Herbst 2017 geforderten schriftlichen Umsetzungsbericht zum Sachstand Vorlage Nr. 2016/105 „Querschnittsprüfung des Landesrechnungshofes zum Risikomanagement in Kommunen“.

15.2. Nutzung des Programms SAP bei den Stadtbetrieben

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage, dass die Stadtbetriebe keine eigenen Lizenzen von SAP kaufen müssen, sondern eine Miete für den Online-Zugriff auf die Buchhaltungssysteme der HWW bezahlen, die SAP nutzen.

15.3. DRK Kindertagesstätte

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, ob zwischenzeitlich die Frage der Parkplätze für die 2-gruppige Kindertagesstätte geklärt ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache und in Abstimmung mit den Fachdiensten Stadtplanung und Kindertageseinrichtungen ist die Frage der Parkplätze abgestimmt und geklärt.

15.4. Einsatz von Geschwindigkeitsmessgeräten

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, warum Geschwindigkeitsmessgeräte in der Regel auf Hauptstraßen und nicht vor Schulen und Kindergärten eingesetzt werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die stationären Geschwindigkeitsanzeigeräte wurden auf Beschluss der politischen Gremien an den Haupteinfallstraßen installiert.

Die mobile Geschwindigkeitsanzeige hingegen wird überall im Stadtgebiet aufgestellt, insbesondere vor Schulen, Kindergärten, in geschwindigkeitsreduzierten Bereichen usw.

15.5. Defekter Parkscheinautomat beim Maredo

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass der Parkscheinautomat vor dem Maredo seit ca. zwei Wochen defekt ist und bittet um Reparatur.

15.6. Aktualisierter Sitzungskalender für die Termine Hauptausschuss, Stadtverordnetenversammlung, Fraktionssitzungen 2018

Bürgervorsteher Wilde teilt mit, dass der aktualisierte Sitzungskalender für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Stadtverordnetenversammlung und den Fraktionen als **Anlage** beigefügt ist. Angepasst wurden die Termine für die Stadtverordnetenversammlung im April, Mai und Juni 2018. Sämtliche Termine sind bereits im globalen Sitzungskalender in dem Sitzungsprogramm Session eingespielt.

15.7. CCA

Infolge der langen Öffnungszeiten des CCA konsumieren Heranwachsende verstärkt Alkohol und halten sich vor dem CCA auf. Auf Anfrage berichtet die Verwaltung, dass ein Eingreifen aus ordnungsrechtlicher Sicht nicht zulässig ist. Städtische Mitarbeiter der Jugendpflege u. a. des BBH kontrollieren verstärkt diesen Bereich.

Ausschussmitglied Wilde regt an, Gespräche mit dem Eigentümer der Tiefgarage über die Sperrung des Treppenaufgangs auf dem Rathausplatz zur Tiefgarage zu führen, um den Durchgang zu den privat genutzten Bereichen zu verhindern.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin